Bericht über die Entwicklung in POLEN

September 1962

I. POLITISCHE EREIGNISSE — Seite: 1

1) Zum Jahrestag des Kriegsausbruchs — 1

2) Diskussion — 2

3) CYRANKIEWICZ im KZ Majdanek — 5

4) GOMULKA spricht an der West-Neiße — 7

5) Polnischer Besuch in der SBZ — 9

6) "Opfer der Doktrin" — 10

II. WIRTSCHAFT — 12

1) Erntedankfest — 12

2) Die "vierte Kraft" — 13

3) Außenhandel mit der USA — 15

III. SOZIALE PROBLEME — 17

1) Gewerkschaften vor ihrem Kongreß — 17

2) Touristik in Polen — 18

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

I. Politische Ereignisse

1) Zum Jahrestag des Kriegsausbruchs

Alljährlich begeht man in Polen am 1. September den Tag des Hitlerüberfalles auf dieses Land. Aus diesem Anlaß werden Massenaufzüge und -demonstrationen veranstaltet, Reden gehalten, Artikel in der Presse veröffentlicht. Je weiter der September 1939 in die Vergangenheit rückt, um so weniger Aufhebens macht man um den Jahrestag des Kriegsausbruches. Immer seltener erlebt man, daß die Vertreter der Parteispitze als Redner auf den Massenversammlungen am Septembergedanktag auftreten, immer unauffälliger werden die Schlagzeilen in der Presse. Ganz vergessen will man in Polen diesen Tag jedoch nicht! In der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" versucht man eine Erklärung dafür zu geben:

> "Wir möchten gern den September 1939 ... als ein Stück fernliegender, nicht mehr aktueller Vergangenheit betrachten. Wir möchten das, können es aber nicht."
>
> "Es gehören mindestens zwei Voraussetzungen dazu, den September für uns zu einer bewältigten historischen Tatsache zu machen: Die Kräfte, die das schreckliche Kriegsmassaker verschuldet haben müssen verschwinden oder unschädlich gemacht werden; im Herzen Europas müssen Grundlagen für einen dauerhaften Frieden geschaffen werden. Ohne unser Verschulden sind diese beiden Voraussetzungen bis jetzt nicht erfüllt worden. Deswegen haben für uns Betrachtungen über den September 1939 immer noch etwas aktuelles."
>
> "Die Kräfte des deutschen Imperialismus, die ... den Krieg verschuldet haben, sind nicht von dem Erdboden verschwunden. Heute, nach 23 Jahren, zeigen sie eine bemerkenswerte Vitalität und Tatkraft."
>
> "Gerade diese Kräfte wollen den September 1939 nicht ins Archiv der leidenschaftslosen Geschichte legen. Im Gegenteil. In den letzten Monaten konnten wir solche Schlagzeilen lesen: 'Angebliche Kriegsschuld Deutschlands'. 'Der Krieg wurde den Deutschen aufgezwungen'. 'Aus der Geschichte der Verschwörung gegen Deutschland und den Frieden'."
>
> "Die Kampagne zur Wiederherstellung des 'deutschen Geistes' erreicht jetzt den Kern der Nazipolitik und das Problem der Schuld für den

Kriegsausbruch. Sehr bald werden wir erfahren, daß der Überfall auf den Sender Gleiwitz tatsächlich das Werk der polnischen 'Kriegshetzer' war und daß Hitler vor 23 Jahren der Wehrmacht den Befehl erteilte, Berlin vor polnischen Aggressoren zu verteidigen."

Wir wollen keineswegs einen antideutschen Chauvinismus unter unserem Volk schüren, wir wollen keineswegs Mißtrauen gegenüber dem ganzen deutschen Volk erwecken. Es gibt schließlich einen neuen friedliebenden deutschen Staat Staat, die DDR, einen erprobten Verbündeten und Mitkämpfer um den Frieden. Unter der Bevölkerung der Bundesrepublik kennen und schätzen wir viele Menschen, die vom Dogma des kalten Krieges in der Politik Adenauers weit entfernt sind."

Wir kennen deutsche Arbeiter, die der proletarischen Tradition treu geblieben sind, wir kennen Intellektuelle, die westlich der Elbe polnische Bücher übersetzen und verlegen, die die nazistische Vergangenheit anprangern, und die Kontakte mit uns suchen. Wir kennen die fortschrittliche Jugend und zahlreiche Gruppen von Friedenskämpfern. Wir schätzen die Bemühungen jener deutschen Firmen, die mit sozialistischen Ländern Handel treiben wollen."

"Indem wir jedoch die Freundeshand den von uns geachteten Menschen guten Willens in Westdeutschland entgegenstrecken, dürfen wir nicht vergessen, daß ihre Regierung während der über zehn Jahre ihrer Existenz hartnäckig die Politik des kalten Krieges uns gegenüber führt. Wir dürfen nicht vergessen, daß diese Regierung revisionistische Bestrebungen offiziell unterstützt."

"Unsere unauslösliche Erinnerung an den September richtet sich nicht gegen das deutsche Volk, nicht gegen die Bevölkerung der Bundesrepublik, deren Fleiß und Errungenschaft wir schätzen, sondern gegen die dunklen Kräften des deutschen Imperialismus, gegen die Revanchepolitik, gegen Revisionismus und Atomtod.

2) Diskussionen

In den letzten Wochen entflammte in Polen nach einer längeren Pause der relativen Ruhe eine Polemik über die deutschen Probleme. Während der Sommermonate vermochten es nicht einmal die für die polnischen Kommunisten schockierenden Reiseberichte des katholistischen Publizisten KISIELEWSKI, eine wirkliche Diskussion hervorzurufen. Seine von der offiziellen Linie stark abweichenden Schlußfolgerungen aus den Reiseeindrücken wurden von den meisten Presseorganen in Polen gelassen hingenommen oder gar verschwiegen.

Der leidenschaftliche Unterton, den man in der letzten Zeit wieder in den Äusserungen der polnischen Politiker und in der Presse spürt, ist durch die wiedererwachten Erinnerungen an den düsteren September 1939 nur zum Teil erklärlich. Vielmehr spielte hier ein anderes, ganz aktuelles Ereignis eine viel wichtigere Rolle: Der Besuch des französischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik. Dieser Besuch wurde in Polen mit großer Aufmerksamkeit und mit offenem Mißtrauen verfolgt und sehr umfangreich kommentiert.

Die Betrachtungen der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" vom 23. September sind dem Besuch selbst nicht direkt gewidmet, sie spiegeln aber gut die Gemütsbewegung nicht nur der kommunistischen Politiker, sondern auch eines großen Teiles der polnischen Öffentlichkeit wider. Aus diesem Grunde lohnt es sich, einige Auszüge aus dem Artikel hier wiederzugeben:

> "Polnische Journalisten hatten oft Gelegenheit, mit ihren westlichen Kollegen und auch mit westlichen Politikern Gespräche und Diskussionen zum sogen. deutschen Problem zu führen. Während dieser Diskussionen beobachteten wir bei den Gesprächspartnern so etwas wie mehrere Verteidigungslinien...
>
> Aus der ersten Verteidigungslinie versuchte man alles mit der Behauptung abzutun, daß es heute so etwas wie eine deutsche Gefahr in Zusammenhang mit der Bundesrepublik überhaupt nicht gäbe, daß es sich

nur um einen Trick der kommunistischen Propaganda handelt, die Zwietracht und Mißtrauen unter den westlichen Verbündeten verbreiten will...

Nach dem Austausch der augenscheinlichsten und elementarsten Argumente und Tatsachen zog man sich auf die zweite Verteidigungslinie zurück. Hier räumte man ein, daß die deutsche Gefahr zwar potentiell existiert, aber die Kreise der Revanchisten, Militaristen oder Abenteurer nicht zahlreich und von derfriedlichen Bevölkerung völlig isoliert sind. Man hielt uns vor, daß wir aus taktischen Gründen, oder wegen unserer Ressentiments aus tragischen Erfahrungen dieses Problem überschätzen und übertreiben. Indes wissen alle nüchternen Vertreter der wichtigsten westdeutschen Parteien genau, und sie geben es auch privat zu, daß die Oder-Neiße-Grenze unwiderruflich ist. Diese Politiker können jedoch öffentlich diese Grenze nicht anerkennen, weil man Rücksicht auf Millionen Vertriebenen-Wähler und auf die öffentliche Meinung nehmen muß. Diese würde aus dem Politiker, der eine Anerkennung der Grenze aussprechen wagte, einen Verräter, Abtrünnigen und kommunistischen Agenten machen.

Solche Gedankengänge verbergen auffallende Widersprüche. Entweder sind Revanchisten, Militaristen und Nationalisten eine kleine isolierte Gruppe ohne Einfluß und Bedeutung, oder sie und ihre Losungen haben einen solchen Einfluß und finden so großen Widerhall in der Öffentlichkeit, daß sie jeden, der sich ihnen entgegenstellt, anprangern und politisch vernichten können. Entweder oder, beides auf einmal kann man nicht behaupten. Es ist auch nicht vorgekommen, daß man diesen Widerspruch logisch zu erklären versuchte. Auf dieser Etappe der Diskussion zog sich der westliche Gesprächspartner meistens auf die dritte Verteidigungslinie zurück.

Nun wurde offen zugegeben, daß ein großer Teil der westlichen Politiker und der Öffentlichkeit unsere Befürchtungen und Vorwürfe teilt. Die Gefahr liegt nicht nur in den Kreisen der Extremisten, aber auch in der Labilität und Verletzlichkeit der deutschen Demokratie, in der Anfälligkeit der Bevölkerung gegen die seit vielen Generationen verbreiteten Gedanken über die deutsche Überlegenheit und Führerschaft, die Verherrlichung des Militarismus und der militärischen Eroberungen...

Viele westliche Gesprächspartner, die das alles zugeben, vollbringen an dieser Stelle eine originelle Volte: Sie meinen, daß die beste Garantie und Sicherung gegen die Wiedergeburt der aggressiven deutschen Politik der Anschluß der Bundesrepublik an NATO, EWG und westeuropäische Union ist. Deutschland, so meinen sie, wird hier so eingebaut in ein System der europäischen Pakte, so mit anderen Staaten verbunden, daß es keine selbständige Handlung ohne Einwilligung (und schon gar nicht gegen den Willen) der drei Westmächte unternehmen könne.

Wir haben schon in der Vergangenheit wiederholt behauptet, daß die Bundesrepublik nach Erlangen einer ausreichend starken Position diese skrupellos für ihre politischen Ziele nützen wird. Von diesen Zielen scheint das nächste und gefährlichste die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kernwaffen zu sein.

... Verträge und Bündnisse mit westlichen Staaten werden keine Bremse für die egoistische, nationalistische deutsche Politik sein. Ganz im Gegenteil, sie bilden eine bequeme Plattform und sind ein Instrument für aggressive Handlungen..."

3) Ministerpräsident CYRANKIEWICZ im KZ Majdanek

Vor den Toren von Lublin errichtete die SS während der Besatzungszeit das KZ und Vernichtungslager Majdanek. Ein Teil dieses ehemaligen Lagers wurde nach dem Kriege (ähnlich wie Ausschwitz) in ein Museum verwandelt. Am 16. September fand dort eine Massenveranstaltung statt, auf der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ (selbst auch ein KZ-Häftling) die Hauptrede hielt. CYRANKIEWICZ vertrat die Meinung, daß die Menschen heute nach wie vor eine "Gedächtnisstütze" wie das Majdanek-Museum brauchen, um aus der schrecklichen Vergangenheit die richtigen Lehren zu ziehen.

"Je kürzer das Gedächtnis derjenigen ist, die die Bundesrepublik aufrüsten wollen, um so besser muß das Gedächtnis der Völker sein. Kurzes Gedächtnis, Kurzsichtigkeit und einfache Dummheit, darauf zählen die Geschichtsfälscher. Es haben sich schon viele literarische und pseudowissenschaftliche Arbeiten angesammelt, in denen man versucht, den Hitlerismus zu rehabilitieren.

Die letzte Spitzenleistung ist z.B. das Werk des amerikanischen Historikers David Hopgan. Es handelt sich hier um eine so große Spitzenleistung, daß die Arbeit des Herrn Professor nicht in Amerika , sondern zuerst in Westdeutschland veröffentlicht wurde und dort rief sie bei allen Nazis und Faschisten wahres Entzücken hervor. Auf 896 Seiten dieses Buches versucht man, die These zu beweisen, daß nicht der Hitlerismus den zweiten Weltkrieg provozierte, nicht Hitler ihn vorbereite und plante, sondern der polnische Starrsinn, die Politik Englands und der böse Willen Roosevelts.
Was kann man da noch mehr behaupten? Bald erwartet uns wohl ein weiteres Werk, wo man auf 1000 Seiten beweisen wird, daß die Juden sich direkt in die Gaskammern gedängt haben, daß sie dabei gegen den heldenmutigen Widerstand der SS mit Eichmann an der Spitze kämpfen mußten, die diesen Juden doch ein glückliches Dasein im dritten Reich ermöglichen wollten.

Manchmal wirft man uns Polen vor, und das tun manche westlichen Politiker, daß wir immer an die Vergangenheit zurückdenken, daß wir Veränderungen übersehen, die in der Welt und auch in Westdeutschland eingetreten sind. Man könnte hier das Sprichwort zitieren, daß der Satte den Hungrigen niemals verstehen wird. So können uns manche Leute in Amerika nicht verstehen, in Amerika, wo jährlich durch Autounfälle mehr Menschen ihr Leben verlieren, als in den US-Streitkräften während des ganzen Weltkrieges. Für uns handelt es sich doch nicht um historische Erinnerungen, sondern um Schlußfolgerungen, die unser Volk, unsere junge Generation und kommende Generation, auch andere Völker, vor der Wiederholung einer gesteigerten Katstrophe schützen sollen.

Manche versuchen uns zu beruhigen: Weil Westdeutschland zur Nato gehört, wird es niemals eine eigenmächtige Aktion unternehmen können. Heute wahrscheinlich noch nicht. Aber schon heute... wird der westdeutsche Imperialismus zu einer immer selbständigeren Kraft, streckt er die Hand nach Atomwaffen aus und stellt territoriale Forderungen, die den Frieden in der Welt bedrohen.

In den zwanziger Jahren, in der Locarno-Zeit... sprach Sresemann lediglich von einer eventuellen friedlichen Revision der Grenze im Osten. Dann kamen andere und warfen diese Stresemann'sche Bombe mit Spätzündung auf die polnische Grenze und entfachten damit einen Weltbrand.

+ Es handelt sich also nicht darum, was man heute deklariert, sondern
+ was man für morgen vorbereiten möchte. Es handelt sich um die Tendenzen
+ der Politik der revisionistischen westdeutschen Kreise.

Es wird wohl niemand behaupten, daß die immer besser ausgerüstete und ihre Pranken nach Atomwaffen ausstreckende Bundeswehr, die von erprobten Hitler-Kadern befehligt wird, keine derartige revanchistische Tendenzen repräsentiert und sie auch in der Zukunft nicht immer energischer vertreten wird. Was sollte die Bundeswehr denn sonst vertreten? Etwa die Politik der Koexistenz und Entspannung? Da würden sich die Speidels und andere Hitler-Generale beleidigt fühlen.

Manche westlichen Politiker, auch die amerikanischen, werfen uns vor, wir seien überempfindlich, wenn es sich um die Gefährlichkeit des westdeutschen Militarismus handelt. Für uns zählen jedoch Tatsachen und nicht Empfindungen. Das sagen uns ausgerechnet die Vertreter der öffentlichen Meinung eines Landes, in dem ein großer Teil der Bevölkerung (darunter auch die politische Leitung, Senatoren und Kongreßmänner, darunter auch die inspirierte Presse und andere Werkzeuge der Massenpropaganda) in eine extrem hysterische Stimmung gerät, wegen der eingebildeten Gefahr, die für ein so großes Land wie die USA das winzige Kuba bedeuten soll. Wessen Nerven sind hier nicht in Ordnung?

Einige bitterböse Passagen seiner Rede widmete CYRANKIEWICZ dem Staatsbesuch de GAULLES in der Bundesrepublik:

"In Polen, das mit dem französischen Volk durch zahlreiche fortschrittliche Traditionen und offensichtliche gemeinsame Interessen auf dem Gebiete des Friedens und der Sicherheit in Europa verbunden ist, ruft die Tatsache besondere Erregung hervor, daß die größte Unterstützung für die Politik der Bundesregierung gerade von französischer Seite kommt. Der letzte Besuch des Präsidenten de Gaulle rief in Polen Gefühle düsterer Verblüffung hervor...

Gegen eine wirkliche Aussöhnung des französischen und deutschen Volkes hätten wir natürlich nichts. In jenem Falle handelt es sich aber nicht um die Aussöhnung der Völker, sondern der reaktionären Cliquen der beiden Länder..."

4) GOMULKA spricht an der West-Neiße

Zur Einweihung eines großen Kraftwerkes, das auf Braunkohlenbasis arbeiten soll, erschien in dem kleinen niederschlesischen Ort Türchau der Parteichef, um dort vor den Kraftwerkerbauern eine Rede zu halten. In dem Teil seiner Ansprache, der politischen Fragen gewidmet war, befaßte sich GOMULKA aus seiner Sicht mit der deutschen Problematik.

"Die westlichen Mächte", sagte der polnische Parteichef, "brachten es bis jetzt nicht fertig, die in Potsdam festgelegte polnisch-deutsche Grenze an der Oder-Neiße offiziell anzuerkennen. Diese Tatsache erlaubt uns eine Vorstellung, wie die Sicherheit Polens aussehen würde, wenn das Geschick Polens von den Westmächten abhängig wäre. Glücklicherweise ist dem nicht so.
Wenn wir von den Westmächten eine offizielle Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verlangen, so tun wir das nicht deswegen, weil dadurch die Sicherheit dieser Grenze besser gewährleistet sein würde. Wir fordern sie darum, weil die Interessen des Friedens in Europa und der Welt es verlangen. Das Problem dieser Grenze ist schon längst durch das Leben gelöst, ungelöst bleibt dagegen immer noch das Problem des Krieges und des Friedens."

Im weiteren Verlauf seiner Rede zitierte GOMULKA einige Äußerungen des Bundeskanzlers ADENAUER zum Problem der deutschen Wiederbewaffnung, die aus den Jahren 1947-49 stammen und aus denen hervorgeht, dass ADENAUER damals Gegner der Wiederaufrüstung war.

"Diese Äußerung", meinte GOMULKA, "waren lügnerisch und betrügerisch.

Sie erinnern an das betrügerische Spiel Hitlers, der der Welt die friedlichen Absichten des Dritten Reiches versicherte, und später nach dem Anschluß Österreichs und dem Überfall auf die Tschechoslowakei seine Taktik so begründete:(Rückübersetzung aus dem polnischen)

'Die Umstände zwangen mich 10 Jahre lang, fast immer nur über den Frieden zu sprechen. Nur durch diese fortgesetzte Betonung des deutschen Friedenswillens war es möglich, dem deutschen Volke eine Rüstung zu geben, die eine notwendige Voraussetzung des folgenden Schrittes ist.'

Derselbe Adenauer", fuhr GOMULKA fort, "der noch im Jahre 1949 öffentlich beschwor, daß er ein entschlossener Gegner der deutschen Wiederbewaffnung sei, der im Jahre 1955 feierlich auf die Atomwaffen verzichtete, erklärte im September 1960: 'Wer der Bundeswehr das Recht auf den Besitz von Atomwaffen verweigern will, ist ein Dümmling, oder etwas noch schlimmeres.'

Der Deutschen Bundesrepublik und ihren Verbündeten droht nichts, keiner hegt ihr gegenüber aggressive Absichten. Die Bonner Regierung verlangt Atomwaffen nicht zur Verteidigung, sondern zur Vorbereitung einer Aggression auf die DDR, Polen, die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten..."

5) Polnischer Partei- und Staatsbesuch in der SBZ

Am letzten Septembertage erschien in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" eine kurze Notiz über den bevorstehenden Besuch einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation bei ULBRICHT. Die Delegation, unter Führung von GOMULKA und CYRANKIEWICZ, soll "Mitte Oktober" nach Ostberlin kommen.

Die Ankündigung dieses kommunistischen Staatsbesuches erfolgte in einer Form, die etwas merkwürdig erscheint. Gewöhnlich pflegt man die Öffentlichkeit nicht erst zwei Wochen vor der bevorstehenden Visite zu informieren. Auch die Bezeichnung "Mitte Oktober" scheint zu beweisen, daß hier etwas sehr plötzlich zustande gekommen ist.

Seit Oktober 1956 sind die Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Nachbarländern alles andere als herzlich. Der Stalinist Ulbricht behandelte GOMULKA nach dem Oktoberumschwung fast wie einen Verräter, die "revisionistische"Presse in Polen schlug (bevor man sie wieder mundtot machte) tüchtig zurück. Polnische Partei- und Regierungsvertreter, die Pankow besuchten, wurden hier frostig empfangen. Bei der ersten Gelegenheit versuchten sich die Polen als Gastgeber dafür zu revanchieren.

Etwa seit Mitte 1960 wurden in Polen Bemühungen spürbar, das Verhältnis zum Pankow-Regime zu normalisieren. ULBRICHT zeigte weiterhin die kalte Schulter, obwohl die gegenseitigen Kontakte sich etwas freundlicher gestalteten.

Eine Aktivierung der polnischen Initiative zur Verbesserung der Beziehungen erfolgte nicht. Dagegen wurde der sowjetische Druck auf die "DDR" und Polen immer spürbarer. In der verschärften weltpolitischen Lage wollte CHRUSCHTSCHOW, der wegen China und Albanien genug Sorgen um die Einheit des Ostblocks hatte, keine Reibereien an der exponierten und äußerstwichtigen Westflanke des kommunistischen Blocks haben.
Die Position ULBRICHTs in den meisten kommunistischen Ländern wurde nach der Errichtung der Mauer in Berlin nicht gerade gestärkt. An einer unterstützenden Geste GOMULKAs kann ihm in dieser Situation nur gelegen sein.

Wie man hört, ließ sich GOMULKA aber diesmal etwas länger bitten. Den Argumenten CHRUSCHTSCHOWs konnte er sich nicht ewig entziehen. An seiner persönlichen Antipathie für den Pankower Diktator wird sich kaum etwas verändert haben, wichtiger jedoch als diese sind für ihn die Interessen der kommunstischen Gemeinschaft.

5) "Opfer der Doktrin"

Ironisch kommentierte das Hauptorgan der Partei "Trybuna Ludu" am 21. Sept. die Worte des Bundeskanzlers ADENAUER über die Möglichkeiten einer Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen:

> "Trotz vieler erschöpfender Anstrengungen, die mit unaufhörlichen Bestrebungen, die Atomwaffe zu bekommen, und zuletzt mit dem Besuch des Präsidenten de Gaulle verbunden waren, geruhte Kanzler Adenauer, einen Augenblick auch Polen zu widmen. Er tat es in einem Interview, das er kurz vor Antritt seines wohlverdienten Urlaubs der Presse gewährte.

Der Kanzler berief sich auf die bekannte 'Hallstein-Doktrin'. Er selbst, ein frommer und edler Mensch, wünscht sich eine Normalisierung der Beziehungen zu Polen, er würde unserem Lande ein Paradies auf Erden schaffen; die Doktrin, dieses Aas, erlaubt es ihm nicht. Polen erkennt die Regierung der DDR an, trägt also selbst die Schuld. Er, Konrad Adenauer, sieht keinen Anlaß, für Polen Ausnahmen zu machen. (Als ob ihn jemand von polnischer Seite deswegen belästigen würde).

Ja, man muß sich also damit abfinden. Wir überstanden die Ausrottungs-Doktrin des Dritten Reiches, wir werden um so leichter und bequemer die Hallstein-Doktrin der Bundesrepublik überstehen. Kein vernünftiger Mensch, und zu ihnen zählt wohl der Kanzler Adenauer, konnte und kann erwarten, daß Polen zwecks Erreichung der Gunst einer diplomatischen Anerkennung durch Bonn, seine Beziehungen zu dem ersten in der Geschichte Deutschland s friedlichen Staate, der Deutschen Demokratischen Republik, abbricht. Dieser Staat ist unser guter Nachbar und Verbündeter und erkannte die Oder-Neiße-Grenze ohne Vorbehalte an."

Es steht fest, daß Polen diesen Preis (diplomatischer Bruch mit Pankow) unter keinen Umständen zahlen würde, und auch nicht dürfte. Andererseits wiederum liegt es Warschau nicht so wenig an der Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik, wie es na ch der zitierten Pressenotiz den Anschein hat. Wie man aus Warschau in den letzten Monaten hört, gibt es dort eine ganze Reihe hoher Partei- und Regierungsfunktionäre, die GOMULKA zu überzeugen versuchen, daß eine Koppelung der Normalisierung auf diplomatischem Gebiete mit dem Verlangen der Grenzanerkennung durch Bonn nicht realistisch und nicht opportun ist.

II. WIRTSCHAFT

1) Erntedankfest

Nach dem an Wetterlaunen reichen Frühjahr und Sommer steht nun fest: Der diesjährige Ernteertrag an Getreide wird zwar die vorjährige Rekordhöhe nicht erreichen, jedoch wesentlich höher liegen als die Ernte des Jahres 1960 und auch höher als die Durchschnittsernten der letzten Jahren. Dies stellte der Parteichef GOMULKA beim Erntedankfest in Warschau am 9. September fest. Er meinte, daß die Landwirtschaft in diesem so ungünstigen Jahre ihre Examen gut bestanden hätte.

Die Hauptprobleme seien indes weiter ungelöst, denn trotz der wachsenden landwirtschaftlichen Produktion müsse Polen alljährlich viel von s einen knappen Devisen für Getreideimporte ausgeben. Im vergangenen Jahre waren es 2,5 Millionen to Getreide, die über 150 Millionen Dollar gekostet haben.

Der Staat investiert immer größere Beträge in die Landwirtschaft. Ca. 120 Milliarden Zloty sind für das laufende Jahrfünft (1960-65) vorgesehen, fast doppelt so viel, wie während der vergangenen fünf Jahre. GOMULKA betonte ausdrücklich, daß der Investitionsplan für die Jahre 1961-65 in gewissen Abschnitten modifiziert werden muß. Das aber bezieht sich nicht auf die Landwirtschaft, die für sie vorgesehenen Quoten würden nicht verkleinert. Das ist ein bemerkenswerter Unterschied gegenüber der stalinistischen Zeit, wo man alle im gesamtpolnischen Investitionsplan entstandenen Löcher fast immer auf Kosten der Landwirtschaft zu stopfen pflegte.

Der Staat gibt, dafür verlangt er aber auch etwas:

> "Diese H altung der Volksmacht und die wachsende Hilfe des Staates für die Landwirtschaft verpflichtet das Dorf zu verstärkten Anstrengungen, damit alle Möglichkeiten für eine Intensivierung der Landwirtschaft ausreichend genützt werden."

In diesem Zusammenhang erinnerte GOMULKA an das in den letzten Monaten erlassene Gesetz über die Enteignung der vernachlässigten und heruntergewirtschafteten Bauernhöfe. GOMULKA versuchte den Bauern ausführlich den Sinn dieser Maßnahmen zu erklären, offensichtlich haben die neuen Rechtsvorschriften eine starke Unruhe unter den Bauern hervorgerufen.

2) Die "vierte Kraft"

Die staatliche Planwirtschaft in Polen sieht sich seit einiger Zeit einem Problem gegenüber, das es eigentlich gar nicht geben dürfte. Die volksdemokratische Staatsordnung sieht die Aufteilung der gesamten Wirtschaft in drei Sektoren vor: Den staatlichen, den genossenschaftlichen und den privaten. Sozusagen vor den "staunenden Augen" der Volksmacht entwickelte sich in den letzten Jahren ein vierter Wirtschaftssektor, für des es keine amtliche Bezeichnung gibt, den manche aber scherzhaft den "gesellschaftlichen" Sektor nennen möchten.
Es handelt sich hier um die wirtschaftliche Aktivität von Institutionen, Organisationen, Verbänden, Gesellschaften usw., die an und für sich zu ganz anderen Zwecken ins Leben gerufen wurden.

Die meisten von den erwähnten Organisationen bekommen staatliche Zuschüsse. Diese Zuschüsse sind sehr niedrig, ebenso die Mitgliedsbeiträge. Auf der Suche nach Einnahmequellen ergriffen die Organisationen die Initiative auf wirtschaftlichem Gebiete. Der "Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie" entdeckte irgendwo alte Steinbrüche, die nicht exploidiert wurden, weil diese Möglichkeit niemanden einfiel. Seit Oktober 1956 ist die Aufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit durch öffentliche Organisationen nicht genehmigungspflichtig. Also begannen die alten Freiheitskämpfer, die Steine abzubauen. Richtiger gesagt, sie heuerten dazu ein paar Hundert Arbeiter und Fachleute an.

Ein weiteres Beispiel: Polnische Pfadfinder konnten nirgends ihre Uniform-Stücke kaufen, weil die Betriebe der Bekleidungsindustrie für solche ausgefallenen Wünsche kein Verständnis hatten. Not ma cht erfinderisch! Die obersten Pfadfinder Polens setzten sich zusammen und beschlossen eine eigene Produktionsstätte für Pfadfinderartikel zu errichten.
Ähnlich ging es auch anderen...
Das Ergebnis dieser Entwicklung ist recht ansehnlich. Dreißig Organisationen, darunter die "Freiwillige Feuerwehr" und "Dörfliche Sportverbände", klopfen, hämmern, hauen und flicken, verkaufen das auf diese Weise Erzeugte und stecken fette Profite in die Kassen der Organisationen. Der Wert der Produktion und der Dienstleistungen betrug im vergangenen Jahre ca 3 Milliard. Zloty, die durch 663 Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl von über 25.000 erzielt wurden. Und das alles befindet sich in der Hand von 30 Organisationen.

Eine Ausnahmeposition nimmt unter ihnen die "Gesellschaft PAX" ein. Diese Gruppe der "fortschrittlichen" Katholiken erwies dem Regime in der stalinistischen Ära zahlreiche Dienste und wurde dafür auch reichlich belohnt. PAX durfte eigene Produktionsbetriebe eröffnen (hauptsächlich der elektrotechnischen und chemischen Industrie), bekam staatliche Rohstofflieferungen und durfte die hergestellten Artikel mit hohem Gewinn verkaufen. Umsatz- und Einkommensteuer brauchten bis 1961 nicht bezahlt werden. Kein Wunder, daß die PAX-Leute in einem Luxus lebten, der im Nachkriegspolen ohne Beispiel war.
Dieses "goldene Zeitalter" ist für PAX und andere Vertreter des "Vierten Sektors" allerdings schon vorbei. Seit 1961 wird die wirtschaftliche Tätigkeit der Organisationen genau kontrolliert; Steuern müssen sie wie alle Betriebe in Polen bezahlen.
Eine Liquidation des vierten Sektors ist indes nicht vorgesehen.

In Polen fehlt es sowieso an nützlichen wirtschaftlichen Initiativen, und viele der "Außenseiter" entwickelten eine durchaus nützliche und für den Staat sogar segensreiche Aktivität. Das bezieht sich vor allem auf die unternehmungslustigen PAX-Leute, die sich in einer Form der Produktion spezialisierten, die in Polen als "anti-Import-Produktion" bezeichnet wird. Es handelt sich um Herstellung der Artikel, die sonst aus dem Ausland für teuere Devisen eingeführt werden mußten. Ein Beispiel für den geschäftlichen Erfindungsgeist der PAX-Katholiken: Produktion von Navigationseinrichtungen für die Hochseeschiffe. Ihre Qualität soll übrigens ausgezeichnet sein.

Man wird sich also in Polen damit abfinden müssen, daß "die vierte Kraft" weiterhin bestehen bleibt. Obwohl der Staat dieser Entwicklung zahlreiche Einschränkungen auferlegt hat, wird sich die Produktion dieses Sektors im laufenden Jahre um weitere vier Prozent erhöhen. Eine Kuriosität des "polnischen Modells" bleibt für einige Zeit noch erhalten.

3) Außenhandel mit der USA

Im Jahre 1952 hob die Regierung der USA die Meistbegünstigungsklausel gegenüber Polen auf. Das verursachte eine starke Drosselung des Außenhandels zwischen beiden Ländern. Im Jahre 1956 erreichten die gesamten Umsätze des Warenaustausches nur eine Höhe von 26,6 Millionen Dollar. Der Hauptteil dieser Summe bestand aus polnischen Ausfuhren na ch USA, die polnischen Importe aus Amerika betrugen dagegen nur 2,4 Millionen Dollar, also ca. 9%.

Im vorigen Jahre erreichten die Umsätze die Höhe von 156 Millionen Dollar, haben sich also versechsfacht. Die Relationen zwischen der polnischen Ein- und Ausfuhr haben sich allerdings völlig verändert.

Polen importiert jetzt für 121 Millionen, der Export der polnischen Waren beträgt dagegen nur 35,4 Millionen Dollar. Diese Situation ist auf die großen polnischen Getreideimporte auf Kreditbasis zurückzuführen. Die Meistbegünstigungsklausel wurde übrigens erst im Jahre 1960 wiedereingeführt und konnte sich bei dem polnischen Export noch nicht auswirken.
Man rechnet in Polen damit, daß in den kommenden Jahren die Exportquote der polnischen Waren ständig wachsen wird.

III. SOZIALE PROBLEME

1) Gewerkschaften vor ihrem Kongreß

Kommunistische Gewerkschaftsorganisationen spielten im stalinistischen Polen praktisch nur die Rolle eines Antreibers. Nach dem Oktoberumschwung und GOMULKAs Machtantritt hat sich hier einiges zum Besseren gewendet. Die Gewerkschaften besannen sich auf ihre eigentliche Aufgabe: Der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer. Die Hauptaufmerksamkeit bleibt aber weiterhin den Problemen der Produktion gewidmet. Das ist mit dem alten "Antreiber"-Stil nicht gleichzusetzen. Die Zeiten haben sich zu sehr geändert, die Arbeiter in Polen würden sich das heute in den alten Formen nicht gefallen lassen.

Mit Problemen der werktätigen Menschen befassen sich die Gewerkschaften in Polen heute viel mehr als gestern. In der zweiten Hälfte Oktober wird der 5. Kongreß des polnischen Gewerkschaftsbundes stattfinden. Kurz vor den Gewerkschaftswahlen wendet man sich auch in diesem kommunistischen Lande mehr dem Menschen zu. So erscheint es verständlich, daß kurz vor ihrem Kongreß führende Gewerkschaftsfunktionäre in Polen das Bedürfnis haben zu zeigen, was man in den letzten vier Jahren (letzter Kongreß - 1958) für den arbeitenden Menschen in Polen getan hat.

Aus einer Zusammenstellung, die Anfang September in der polnischen Presse erschien, kann man entnehmen, daß z.B. jede fünfte Wohnung in Polen aus Mitteln gebaut wird, die direkt oder indirekt von den Gewerkschaften verwaltet werden. Es handelt sich um die Wohnhäuser, die von Produktionsbetrieben aus einem speziellen Wohnbaufond gebaut werden. Dieser Fond entstand 1959 durch die Initiative der Gewerkschaften und wird heute von einer Kommission verwaltet, die den Betriebsräten untersteht.

Im Jahre 1958 setzten die Gewerkschaften neue Vorschriften über die Arbeit und Berufsausbildung der Jugendlichen durch. Die Urlaubsbestimmungen wurden

verbessert, eine Anzahl der Beschäftigten bekam Recht auf längeren Urlaub. Den Betriebsleitungen wurde verboten, den Beschäftigten ihr. Recht auf Urlaub abzukaufen. Auch die Möglichkeit, einem Tbc-Kranken zu kündigen, wurde auf Intervention der Gewerkschaften eingeschränkt.

Im Rahmen der Aktion: "Bauen wir 1000 Schulen als Denkmäler zum 1000-jährigen Bestehen des polnischen Staates" errichtete man aus gewerkschaftlichen Mitteln 48 Volksschulen.

Auf die gewerkschaftliche Initiative ist die Vereinheitlichung des Versicherungswesens zurückzuführen. Es wurden dabei viele Verbesserungen eingeführt, die für die Beschäftigten eine Erleichterung bedeuten. So werden z.B. in den letzten Jahren die Krankengelder durch die Kassen der Betriebe ausgezahlt.

Aus den Kassen der Gewerkschaften zahlte man in über 13 Millionen Fällen Darlehnen, was eine Gesamtsumme von 22 Milliarden Zloty ausmacht.

2) Ausländische Touristen in Polen

Die Zahl ausländischer Touristen in Polen ist, gemessen an den vielen Millionen Touristen in Westeuropa, recht bescheiden. In den ersten 8 Monaten d.J. hat man in Polen rund 100.000 Touristen aus de m Ausland registriert. Im gesamten Jahr 1961 kann man also im besten Falle mit ca. 150 000 rechnen.

Die Aufteilung dieser Touristen nach den Herkunftsländern gibt aber interessante Aufschlüsse. Nur ein Fünftel von ihnen kommt aus den kommunistischen Ländern, der Rest, also ca. 80.000, kommt aus Westeuropa und Übersee. Den ersten Platz halten-wie in den vergangenen Jahren - die Touristen aus den USA und Kanada (20.000). Es folgen: Frankreich (14.000), England (13.000), die Bundesrepublik (10.000). In den meisten Fällen handelt es sich bei diesen Touristen aus dem Westen um ehemalige polnische Staatsbürger, die ihre Verwandten in Polen und ihre Heimat besuchen wollen.

In den kommunistischen Ländern scheint Polen als Reiseland nicht besonders beliebt zu sein. Die zahlreichste Gruppe bildeten die Tschechen (8.500), dann kamen die "DDR"-Bürger (4.500), die Sowjetrussen (3.500), Ungarn (2.500). Auffallend niedrig ist dabei die Zahl der Sowjetbürger.

Im Gegensatz zu Rumänien und Bulgarien, die viel für die Förderung des Reiseverkehrs aus dem Ausland tun, liegt dieses Gebiet in Polen, das an interessanten Reisezielen keineswegs arm ist, völlig brach. Polnische Planer haben diese Devisenquelle noch nicht entdeckt, oder sie scheuen vor der Notwendigkeit zurück, große Mittel zu investieren, um Polen den Touristen aus dem Ausland zugänglich zu machen.

Erhöht hat sich die Zahl der polnischen Touristen, die durch Vermittlung des polnischen Reisebüros "Orbis" Auslandsreisen antraten. Sie betrug im Jahre 1960 24.000, während in den ersten acht Monaten d.J. 23.000 Polen Auslandsreisen antraten. Diese Zahl soll sich bis zum Ende des Jahres verdoppeln. Größter Beliebtheit erfreut sich unter den polnischen Touristen Bulgarien, es folgen Rumänien, die Sowjetunion und die SBZ. Im Westen weist Italien die stärkste Besucherzahl auf.

Nicht berücksichtigt in dieser Statistik sind ausländische und polnische Touristen, die privat (also ohne Vermittlung des "Orbis" reisten.